

Zeitschrift:	Tsantsa : Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft = revue de la Société suisse d'ethnologie = rivista della Società svizzera d'etnologia
Herausgeber:	Schweizerische Ethnologische Gesellschaft
Band:	6 (2001)
Artikel:	Thesen zur Illegalisierung von MigrantInnen in der Schweiz = Traduction synthétique des thèses à propos de l'illégalisation de migrants en Suisse
Autor:	Breton, Maritza Le / Fiechter, Ursula
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1007421

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Thesen zur Illegalisierung von MigrantInnen in der Schweiz

Maritza Le Breton und Ursula Fiechter

Dieses Thesenpapier wurde im Rahmen einer Nationalfondsstudie des Schwerpunktprogrammes NFP40 verfasst, die die Autorinnen für das Zürcher Fraueninformationszentrum (FIZ) für Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa zu «Frauenhandel» durchgeführt haben (1999-2000). Das FIZ arbeitet als Informations- und Beratungsstelle an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis rund um die Themenkreise «Frauenhandel» und «Frauenmigration». Maritza Le Breton, Sozialarbeiterin und Ethnologin, war bis Frühjahr 2001 Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit beim FIZ. Ursula Fiechter ist Soziologin.

Die AusländerInnenpolitik in der Schweiz zielt darauf ab, «ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung»¹ herzustellen. Dies wirkt sich in jüngerer Zeit zunehmend als Abschreckungspolitik aus. Insbesondere ZuwanderInnen aus Ländern des Südens und Ostens gelten im Zuge staatlicher Spardiskurse als kostenverursachende Last, als Problemfälle für Integrationsbemühungen.

Die praktizierte Abschreckungspolitik geht davon aus, dass erhöhte Migrationskosten und verminderte Profitmöglichkeiten im Zielland die Zuwanderung regulieren können. Ein solches Konzept widerspricht neuerer Forschung im Bereich Migration² und zielt entsprechend an der Realität der Herkunfts- wie auch Zielländer vorbei.

Denn: Migration ist nicht als individuelle Entscheidung zu verstehen, welche aufgrund rein ökonomischer Kosten-Nutzen-Kalküle gefällt wird. Vielmehr fällt der Entschluss zur Migration im Kontext bestimmter struktureller Zusammenhänge. Armut und «Unterentwicklung» stellen keine ausreichenden Erklärungen für Migrationen

¹ ANAG, Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, 26. März 1931, 142.20.

² Vgl. dazu beispielsweise Sassen 1996; Parnreiter 1999.



dar, diese spielt sich in bestimmten historischen und gesellschaftlichen Konstellationen ab. So hat die Internationalisierung der Wirtschaft u.a. zum Aufbau von politischen, militärischen und ökonomischen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern geführt. Dadurch sind Brücken geschaffen worden, die Migrationsbewegungen zur Folge haben (vgl. Sassen 1996).

Zudem stellt die Nachfrage nach Arbeitskräften eine der wichtigsten Triebfedern für das Zustandekommen von Wanderungen dar. Insbesondere die Herausbildung strategischer Wirtschaftszentren erzeugt einen Bedarf an MigrantInnen im informellen Sektor (vgl. Sassen 1998). EinwanderInnen – vorzugsweise Frauen – gelten als geeignete (billige) Arbeitskräfte, um diese Arbeitsmarktsegmente zu besetzen. Allgemeiner formuliert bildet «der Imperativ des unablässigen Flusses der Arbeitskraft» (Wallerstein 1999: 111) eine Grundlage der Weltwirtschaft.

In diesem Kontext muss auch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften für gesellschaftlich minderbewertete Reproduktionsarbeit im Haushalt und Sexgewerbe in Europa und in der Schweiz gesehen werden. Frauenhandel kann als eine bestimmte (illegale) Form der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitskräfteanwerbung verstanden werden. Im Rahmen einer im nationalen Schwerpunktprogramm NFP 40 «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität» durchgeführten Untersuchung über «gesellschaftliche Determinanten des Frauenhandels aus der Perspektive betroffener Migrantinnen in der Schweiz» haben wir aufgezeigt, dass sich die Anwerbung und Vermittlung betroffener Migrantinnen im Kontext von Macht- und Herrschaftsverhältnissen abspielt. Diese werden durch die nationalstaatlich regulierte Zulassungspolitik gestützt und reproduziert. So erhalten Migrantinnen aus Ländern des Südens und Ostens einzig eine Kurzaufenthaltsbewilligung als Cabaret-Tänzerinnen oder eine Jahresaufenthaltsbewilligung durch Verheiratung. Sie sind damit aufenthaltsrechtlich von Cabaret-Besitzern und Ehemännern abhängig.

Der Vollzug des AusländerInnengesetzes wird in der Schweiz gegenüber strafrechtlichen Vergehen wie z.B. Menschenhandel, prioritär behandelt. So wird den von uns befragten Migrantinnen auch wenn sie sich in einer Zwangslage befinden und Opfer krimineller Handlungen sind, Schutz und Sicherheit verweigert. Im Falle einer Scheidung resp. von Ablauf oder Verweigerung eines Arbeitsvertrages als Tänzerin müssen betroffene Frauen mit der Ausweisung rechnen. Deshalb leben oder lebten einige unserer Interviewpartnerinnen zeitweise in der Illegalität.

Dem aufenthaltsrechtlichen Zwang setzen die Frauen verschiedene Handlungsformen entgegen. Durch Mobilität und Flexibilität, das Abwagen von Möglichkeiten sowie den Rekurs auf psycho-soziale und rechtliche Unterstützung versuchen betroffene Migrantinnen, die ihnen aufgezwungenen Lebensbedingungen zu beeinflussen. Vor diesem Hintergrund widersprechen die Biographien unserer Interviewpartnerinnen der in der Debatte um Illegalisierung verbreiteten Klischeevorstellung von Opfern auf der einen und TäterInnen resp. Heldinnen auf der anderen Seite. Obwohl ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen und somit ihre Existenzweisen in der Schweiz als Folge struktureller Bedingtheiten begriffen werden müssen, entwickeln die Frauen produktive Handlungsstrategien. Dennoch muss ihr Handeln als Antwort auf Verhältnisse begriffen werden (Gutiérrez Rodríguez 1999: 248), die durch einzelne Subjekte nicht zu überwinden sind, sondern vielmehr auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen verweisen.

Die prekäre aufenthaltsrechtliche Situation von Migrantinnen, welche die Gefahr eines illegalen Aufenthaltes resp. der Ausweisung aus der Schweiz stets beinhaltet, haben wir als staatliche Ausschliessungspraxis beschrieben. Daraus haben wir folgende Thesen zur Illegalisierung von MigrantInnen abgeleitet:



These 1: Illegalität wird durch das Gesetz produziert und kriminalisiert MigrantInnen

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Aufenthalt von AusländerInnen in der Schweiz sind im ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) festgelegt³. Das Aufenthaltsrecht ist stets an einen bestimmten Zweck gebunden wie Ehe, Arbeit, Ausbildung usw. Ändert sich der Zweck des Aufenthaltes der ausländischen Person, hat dies direkte Konsequenzen auf ihre aufenthaltsrechtliche Situation. Meist mündet dies in die Ausweisung der Betroffenen. Bleiben diese Menschen dennoch in der Schweiz, machen sie sich strafbar. Sie werden illegalisiert, d.h. sie können keine Rechte beanspruchen, ohne ihre Existenz durch eine drohende Ausweisung zu gefährden. Sie riskieren, jederzeit von der Polizei aufgegriffen und ausgeschafft zu werden⁴. Die Illegalisierung⁵ von MigrantInnen führt unweigerlich zu ihrer Kriminalisierung.

Vergegenwärtigen wir uns die oben ausgeführten Erklärungsansätze für Migrationsbewegungen, wird klar, dass Abschreckungspolitik nicht die Quantität der Einwandernden reguliert. Vielmehr hat sie einen direkten Einfluss auf die Qualität des Aufenthaltsstatus. Je weniger «legale» Aufenthaltsmöglichkeiten bestehen, desto eher werden MigrantInnen eine Illegalisierung in Kauf nehmen müssen. Die aktuelle Migrationspolitik fördert in diesem Sinne informelle Strukturen, den Menschenhandel sowie Abhängigkeiten und begünstigt daher Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse. Aufgrund drohender Ausweisung resp. Kriminalisierung können Illegalisierte sich kaum rechtlich gegen solche Verhältnisse wehren.

These 2: Die Kriminalisierung resp. Viktimisierung von illegalisierten Menschen macht deren ökonomische Leistungen unsichtbar

Illegalisierte Arbeitsverhältnisse im Haushalt, in der Sexindustrie, im Kleinhandel oder auch in der Industrie werden nicht als ökonomische Aktivitäten anerkannt und sind darum auch nicht statistisch erfasst. Von Illegalität Betroffene drohen als Subjekte in schwierigen – aber auch sehr unterschiedlichen – Lebensumständen aus dem Blick zu geraten. Ihre Handlungsmöglichkeiten und Leistungen werden nicht wahrgenommen. Der Wert von Arbeitsleistungen im informellen Sektor der Wirtschaft wird zwar von der hiesigen Gesellschaft abgeschöpft, aber nicht anerkannt. Andererseits werden in den Herkunfts ländern auch illegalisierte EmigrantInnen als unverzichtbare DevisenbringerInnen angesehen. Illegalisierte Menschen ermöglichen als billige und flexible Arbeitskräfte den flexibilisierten informellen Wirtschaftssektoren optimale Gewinnmöglichkeiten. Ihre Unsichtbarkeit bietet Schutz vor staatlichen Zugriffen und ermöglicht dadurch überhaupt eine Existenzgrundlage. Andererseits bedeutet sie auch Schutzlosigkeit in Bezug auf arbeitsrechtliche Bestimmungen und Wohnverhältnisse.

³ Nach der Totalrevision des ANAG neu Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer (AuG) genannt.

⁴ Illegalisierung ist z.B. das Resultat von Scheidung in den ersten fünf Ehejahren, von unerlaubtem Familiennachzug, des Ablaufes der Saisonier-Bewilligung, der Aufhebung der vorläufigen kollektiven Aufnahme, resp. eines negativen Asylentscheides, von Krankheit oder Arbeitslosigkeit, des Ablaufs des TouristInnen-Visums usw.

⁵ Die Bezeichnung «Illegalisierung» bzw. «illegalisierte MigrantInnen» soll sichtbar machen, dass Menschen seitens des Nationalstaates von den Menschenrechten auf Leben, Freiheit und Sicherheit vollständig ausgeschlossen werden. Denn «Illegalisierung» bedeutet – praktisch gesehen – umfassende Rechtlosigkeit.



⁶ z.B. durch das multilaterale Investitionsabkommen MAI.

These 3: Das Ausländerrecht sieht spezielle Aufenthaltsgenehmigungen vor, die Frauen auf reproduktive Funktionen reduzieren und sie häufig in die Illegalität abdrängen

Frauen aus Ländern des Südens und Ostens können bis auf wenige Ausnahmen nur als Ehefrauen, Cabaret-Tänzerinnen sowie als Touristinnen in die Schweiz einreisen. Es handelt sich bei allen drei Formen um ungesicherte, durch grosse Abhängigkeit von HändlerInnen, VermittlerInnen sowie Ehemännern geprägte Migrationsverhältnisse, die häufig in die Illegalisierung münden. Da eine grosse Nachfrage nach Migrantinnen im sexuellen, emotionalen und haushälterischen Bereich besteht, werden sie toleriert, solange sie in diesen informellen Strukturen unsichtbar bleiben. Frauen werden dadurch per Gesetz auf reproduktive Funktionen reduziert. Einerseits ist sogenannte Reproduktionsarbeit klassische Frauenarbeit, andererseits gelten gerade Haushalt und Sexgewerbe als typisch informelle Wirkungsbereiche, in denen sich illegalisierte Migrantinnen wiederfinden. Demnach lässt sich feststellen, dass restriktive Einwanderungsbestimmungen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung reproduzieren und dadurch den Menschen- resp. Frauenhandel fördern.

These 4: Illegalisierte machen die Konstruktion staatsbürgerlicher Privilegien offenkundig

Während auf der einen Seite wirtschaftliche Kreise längst internationalisiert sind und darauf hinarbeiten, nationale Grenzen vollständig zu überwinden⁶, sind die Rechte der Individuen weitgehend nationalstaatlich geregelt. Für den Zugang zum Arbeitsmarkt spielen die verschiedenen Aufenthaltsbewilligungen eine zentrale Rolle. BürgerInnenrechte sind als Privilegien der «Einheimischen» gegenüber den «Zugewanderten» definiert. Illegalisierung als Status vollständiger Rechtlosigkeit aufgrund der sozialen Herkunft und Staatsbürgerrecht als Privileg stellen zwei entgegengesetzte Pole eines Kontinuums dar. Die Positionierung von Menschen auf diesem Kontinuum widerspricht der Gleichheit aller Menschen und missachtet, dass Bewegungsfreiheit ein Menschenrecht darstellt. Die Diskussion über Integration resp. Marginalisierung von MigrantInnen führt in diesem Zusammenhang in eine Sackgasse (vgl. Wallerstein 1999). Wichtiger wäre, Menschenrechte auf nationaler Ebene konkret umzusetzen und zu garantieren. Rechte können nicht von Herkunft abhängig gemacht werden, sondern müssen für alle gleichermaßen gelten.

Die Literaturangaben sind am Schluss der französischen Übersetzung (S. 109) zu finden.



Traduction synthétique des thèses à propos de l'illégalisation de migrants en Suisse

La politique envers les étrangers en Suisse vise à établir un «rapport mesuré entre les effectifs des populations suisse et étrangère»¹. Récemment, cela s'est traduit par une politique d'intimidation croissante. Dans le contexte du discours officiel à propos de la nécessité de réaliser des économies, les immigrants sont vus comme des sources de dépenses et de problèmes face aux efforts permettant leur intégration. La politique d'intimidation part de la prémissse que l'immigration peut être régularisée par des coûts de migration plus élevés et des possibilités de profits moindres dans le pays de destination. Pour les raisons énoncées ci-dessous, une telle conception ne correspond pas à la réalité.

1. La migration n'est pas une décision individuelle, qui serait prise sur la base de calculs purement économiques de type coûts-besoins. Les décisions sont prises dans le contexte de relations structurelles bien définies. La pauvreté et le «sous-développement» ne représentent pas des explications complètes. La migration a plutôt lieu dans des constellations historiques et sociales définies. L'internationalisation de l'économie a conduit, entre autres, à l'accroissement des relations politiques, militaires et économiques entre certains pays. Ainsi ont été créées les conditions dont les mouvements migratoires sont la conséquence (voir Sassen 1996).

2. La demande de force de travail représente un des mobiles les plus importants des migrations. En particulier, l'avènement de centres économiques stratégiques provoque un besoin de migrants dans le secteur informel (voir Sassen 1998). Les immigrants, en particulier les femmes, sont les forces de travail (bon marché) préférées pour occuper ces segments du marché du travail. Formulé de manière générale, «l'impératif des flux incessants des forces de travail» (Wallerstein 1999: 111) représente un principe de l'économie mondiale.

Dans ce contexte, nous proposons les thèses suivantes sur l'illégalisation² des migrants.

¹ Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers, 26 mars 1931, 142.20.

² Le terme d'«illégalisation», respectivement de «migrants illégalisés», est destiné à montrer que des personnes sont totalement exclues par l'Etat national des droits de l'humain à la vie, à la liberté et à la sécurité. Car l'«illégalisation» correspond en pratique à une absence totale de droits.

³ L'illégalisation résulte par exemple d'un divorce après moins de cinq ans de mariage, d'un rassemblement familial non autorisé, de l'échéance du permis de saisonnier, de la levée d'une mesure collective d'admission, d'un refus d'asile, de la maladie ou du chômage, de l'échéance du visa de tourisme, etc.

Thèse 1: L'illégalité est produite par la loi et criminalise les migrants

Les prescriptions sur le séjour des étrangers en Suisse sont fixées dans la Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers. Le droit de séjour est lié à un motif précis tel que le mariage, le travail, la formation, etc. Le changement du motif du séjour d'une personne étrangère a des conséquences directes sur sa situation légale. Le plus souvent, cela conduit à l'expulsion des personnes concernées. Si ces personnes demeurent malgré tout en Suisse, elles deviennent illégalisées car elles ne peuvent en aucun cas faire valoir des droits. De plus, elles risquent d'être interpellées et expulsées par la police³. L'illégalisation des migrants conduit inéluctablement à leur criminalisation.



Si nous nous rappelons les essais d'explications proposés ci-dessus concernant les mouvements migratoires, il devient clair que la politique d'intimidation ne régularise pas la quantité d'immigrants. Elle a beaucoup plus d'impact sur la qualité du séjour. Moins il y a de possibilités «légales» de séjour, plus les migrants vont devoir prendre en considération une illégalisation. La politique migratoire actuelle encourage en ce sens des structures informelles, ainsi que la dépendance et le trafic des personnes, et favorise les rapports de force et d'exploitation. En raison de la menace d'expulsion, respectivement de criminalisation, les illégalisés ne peuvent pas se défendre contre de telles conditions.

Thèse 2: La criminalisation, respectivement la victimisation, des personnes illégalisées rend leurs prestations économiques invisibles

Les rapports de travail illégalisés dans le ménage, dans l'industrie du sexe, dans le petit commerce ou encore dans l'industrie ne sont pas reconnus comme activités économiques et ne sont pas pris en compte dans les statistiques. Les personnes concernées par l'illégalité risquent en tant que sujets de devenir invisibles dans des conditions de vie difficiles – quoique très diverses. Leurs possibilités d'action ainsi que leurs prestations ne sont pas prises en compte. La valeur du travail accompli dans le secteur informel est bel et bien exploitée par notre société, mais elle n'est pas reconnue. D'autre part, dans les pays d'origine, les émigrants illégalisés sont considérés comme d'indispensables pourvoyeurs de devises. Les personnes illégalisées, en tant que forces de travail bon marché et flexibles, rendent possibles des gains optimaux pour les secteurs informels de l'économie.

Thèse 3: Le droit des étrangers prévoit des autorisations spéciales de séjour qui réduisent les femmes à leur fonction reproductive et les repoussent souvent vers l'illégalité

A quelques rares exceptions près, les femmes de pays hors Union européenne ne peuvent migrer en Suisse que comme épouses, danseuses de cabaret ou touristes. Dans ces trois cas, il s'agit de conditions de migration précaires et empreintes d'une forte dépendance envers des hommes et des femmes d'affaires, des intermédiaires et des époux, conditions qui mènent fréquemment à l'illégalisation. Puisqu'il existe une forte demande de migrantes dans les domaines sexuel, émotionnel et ménager, elles sont tolérées aussi longtemps qu'elles demeurent invisibles dans ces structures informelles. Les femmes sont ainsi réduites par la loi aux fonctions reproductive. D'une part le soi-disant travail de reproduction est un travail féminin classique, d'autre part le ménage et le commerce sexuel sont justement des domaines typiquement informels, où se retrouvent les migrantes illégalisées. On en conclut donc que les dispositions restrictives de l'immigration reproduisent la division sexiste du travail et encouragent ainsi le trafic des personnes, respectivement des femmes.



Thèse 4: Les illégalisés rendent patente la construction des priviléges des citoyens

Alors que les milieux économiques sont depuis longtemps internationalisés et travaillent à surmonter entièrement les barrières nationales⁴, les droits des individus sont réglementés essentiellement au niveau des Etats-nations. Les différentes autorisations de séjour jouent un rôle central dans l'accès au marché du travail. Les droits des citoyens sont définis comme priviléges des «indigènes» en contraste avec ceux des «immigrants». L'illégislation en tant que statut lié à une absence totale de droits en raison de l'origine sociale, et la citoyenneté comme privilège, représentent les deux pôles opposés d'un continuum. Le positionnement des personnes sur ce continuum contredit l'égalité de tous les êtres humains et ignore le fait que le droit à la liberté de mouvement est un droit absolu. La discussion concernant l'intégration ou la marginalisation des migrants conduit à cet égard à un cul-de-sac (voir Wallerstein 1999). Il serait plus important de garantir et de mettre en œuvre concrètement les droits de l'homme au niveau national. Les droits ne peuvent pas être rendus dépendants de l'origine, ils doivent s'appliquer à tous de manière égalitaire.

Literatur

GUTIÉRREZ Rodríguez Encarnación

1999. *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung*. Opladen: Leske und Budrich.

LE BRETON BAUMGARTNER Maritza

1996. *Illegalisierung; Verflechtung von Patriarchat und Kapital*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript der Tagung UnterGründe; zur Situation illegalisierter Frauen in der Schweiz vom 6. November 1996.

1999. «Illegalisierung und Kriminalisierung der Migrantinnen: "Frauenhandel" im Kontext restriktiver Einwanderungspolitik». *Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik* (Zürich) 19(37): 83-94.

LE BRETON Maritza und Ursula FIECHTER

2000. *Gesellschaftliche Determinanten des Frauenhandels aus der Perspektive betroffener Migrantinnen in der Schweiz*. Wissenschaftlicher Schlussbericht zu Handen der ExpertInnenkommission des Schweizerischen Nationalfonds, NFP 40 «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität», Zürich.

1998. *Nationale Arbeitsgruppe «Sans-Papiers»*: Plattform zur Lancierung einer Unterstützungs-Kampagne zu Gunsten von «Sans-Papiers» in der Schweiz, Bern.

PARNREITER Christof

1999. «Zuwanderungskontrolle oder Illegalisierung? Acht Thesen zur Migration zwischen Mexiko und den USA». *Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik* (Zürich) 19(37): 51-58.

SASSEN Saskia

1996. *Migranten, Siedler, Flüchtlinge – von der Massenauswanderung zur Festung Europa*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

1998. «Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft». *Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* (Berlin) 28(2): 199-216.

WALLERSTEIN Immanuel

1999. «Integration und Marginalisierung; Wem dient das Staatsbürgerrecht?». *Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik* (Zürich) 19(37): 107-116.

⁴ Par exemple par l'accord multilatéral sur l'investissement.

